

zumutbare Arbeit angenommen habe, gemeinnützig tätig werden müsse, präzierte Linnemann seine Überlegungen.

Weiterhin sei es für ihn wichtig, so Carsten Linnemann weiter, dass Deutschland wieder ein Rechtsstaat werde, der funktioniere. O-Ton Linnemann: „Die Menschen haben das Gefühl, wenn ich falsch parke, funktioniert der Rechtsstaat, wenn aber jemand das Brandenburger Tor anmalt, funktioniert er nicht.“

Bürgergeld in der jetzigen Form abschaffen

Auf die Frage von Friedhelm Ost, ob die Union in Regierungsverantwortung das Bürgergeld in der jetzigen Form beibehalten werde, setzte Carsten Linnemann ein klares Signal. Seine Antwort: „Wir werden das Bürgergeld in der jetzigen Form wieder abschaffen.“ Für ihn sei schon der Name „Bürgergeld“ irritierend, weil es sich hierbei um eine steuerfinanzierte Sozialleistung handele, die den Eindruck vermittele, dass jedem das Geld in Deutschland zustehe.

Für Friedhelm Ost ist auch das Thema Erbschaftssteuer von eminenter Bedeutung für die mittelständischen Personengesellschaften in Deutschland. So habe die CDU-Kommission „Wohlstand“ vorgeschlagen, alle Erbschaften mit einer Flat Tax von zehn Prozent zu belegen. Nach seiner Ansicht seien die Pläne der Wohlstands-Politiker wenig sachgerecht – besonders mit Blick auf die Weiterführung des Betriebes und die damit verbundenen Arbeitsplätze, begründete Ost die Haltung des BVMU-Kuratoriums. Bei der Debatte innerhalb der Kommission „Wohlstand“ sei davon ausgegangen worden, dass das Bundesverfassungsgericht die jetzige Regelung kippen werde, stellte Carsten Linnemann klar. Daher habe es Überlegungen gegeben, wie man reagieren könne. Wichtig für die CDU sei, den Mittelstand in Deutschland zu stützen. Es dürfe in Deutschland nicht so weit gehen, den selbstständigen Unternehmern noch weitere Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Insofern werde er das Thema Erbschaftssteuer auch zu sei-

nem Thema als CDU-Generalsekretär machen, betonte Linnemann.

Gaststättensterben befürchtet

Ein weiteres Thema bei dem Gedankenaustausch zwischen Carsten Linnemann und Friedhelm Ost war der Plan der Ampelregierung, den ermäßigten Umsatzsteuersatz von sieben Prozent für im Lokal verzehrte Speisen ab Januar 2024 wieder auf 19 Prozent anzuheben. Das würde zu einem weiteren Gaststättensterben führen, so Carsten Linnemann. Ebenso werde die kurze verbleibende Zeit bis zum Ende des Jahres, weitere Probleme mit sich bringen. So die Neuprogrammierung der Kasse und der Druck neuer Speisekarten.

Auch in dieser Frage hat Carsten Linnemann eine dezidierte Meinung. Er möchte nach eigenen Worten nicht in einem Land leben, wo man in Zukunft durch einen Restaurantbesuch erkennen könne, über welchen Geldbeutel man verfüge. Deshalb setze sich die Union dafür ein, dass die jetzige Regelung erhalten bleibt, findet Linnemann deutliche Worte. (Ja.S.) ■

**Besuchen Sie uns im Internet unter
www.bvmu.de**

